

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 49. Ratssitzung vom 22. Mai 2019

1268. 2019/177

**Beschlussantrag der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 08.05.2019:  
Gemeindereferendum gegen den Kantonsratsbeschluss vom 25. März 2019 betref-  
fend Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel**

**Markus Knauss (Grüne)** begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 1191/2019): Was auch immer wir in der anschliessenden Klimadiskussion an Entscheiden fällen, ebenso wichtig ist es, keine Entscheide zu fällen, die einen Verbleib in der fossilen Gesellschaft strukturell unterstützen. Und genau um ein solches Projekt geht es in diesem Beschlussantrag. Auch wenn der Name lieblich klingt, so müssen wir festhalten: Zu viel Beton, keine Lösung und schädlich für das Klima. Der Kantonsrat hat noch in der alten Besetzung, einen Tag vor der Klimawahl vom 24. März 2019, das Projekt abgesegnet. Der Kanton hat damit zum Ausdruck gebracht, dass er maximalen Strassenausbau möchte. Als ob der Ausbau der Nordumfahrung nicht schon genug wäre, soll ein Hochleistungstunnel mitten in die Stadt Zürich hineingeführt werden. Konzeptlos, wie das bei Strassenbauern üblich ist, hört dieser Tunnel mitten in einem Wohnquartier wieder auf. Effektiv werden bloss etwa 600 Meter Strasse vom Verkehr entlastet, davon profitieren bloss ein paar wenige Grundeigentümer. Von der Entlastung haben jene nichts, die schon seit Jahrzehnten dort leben, sie werden vertrieben. Auch die restlichen 140 000 vom Strassenlärm Betroffenen in der Stadt Zürich haben nichts davon, da für viele von ihnen der Rosengartentunnel eine konstante Belärmung und Belastung garantiert. Dass ein Verkehrssystem, das noch immer stark auf das Auto ausgerichtet ist, nicht klimaverträglich ist, versteht sich von selbst. Dieses Projekt steht deshalb im Widerspruch zu allen verkehrspolitischen, stadtplanerischen und wohnbaupolitischen Grundsätzen der Stadt Zürich. Es ist ein Projekt aus den 1970er-Jahren für das Zürich vom 21. Jahrhundert. Der Stadtrat konnte sich nicht dazu aufraffen, den Deal aufzukündigen, der ein früherer Stadtrat vor grauer Vorzeit mit dem Regierungsrat ausgehandelt hatte – ein Deal, der sich auf ein Projekt bezieht, das so heute gar nicht mehr zur Diskussion steht: Man hat Spuren ergänzt, der Kanton weigert sich, eine Plafonierung des Verkehrs rechtsverbindlich festzulegen und die Schneise der Zerstörung, die dieses Projekt zwischen Milchbuck und Albisriederplatz hinterlassen wird, konnte man bei der Planung auch noch nicht erkennen. Wenn gleichzeitig von Verbesserungen für den öffentlichen Verkehr gesprochen wird, ist dies nur ein Hohn: Die bestens frequentierten Buslinien 72 und 83 müssen stillgelegt werden. Dies nicht auf der Rosengartenstrasse und nicht auf der Hardbrücke, sondern hinter dem Albisriederplatz. Sie fahren nicht mehr ins Zollfreilager und nach Schmiede-Wiedikon, weil es für diese Buslinien am Albisriederplatz keinen Platz mehr hat. Die Tramtangente Süd – das einzige innovative Element der gesamten ÖV-Planung – wird auf absehbare Zeit nicht realisiert. Wenn es der Stadtrat nicht schafft, die Grundsätze von Klimaschutz und Stadtplanung gegenüber dem Kanton zu vertreten, dann muss dies der Gemeinderat übernehmen. Wir beantragen ihnen deshalb, das Gemeindereferendum gegen das Projekt Rosengarten zu ergreifen. Es geht einerseits um ein Referendum, andererseits aber auch um ein klares Zeichen, dass die Stadt dieses Projekt nicht will.

Der Ratspräsident Heinz Schatt (SVP) beantragt, die Redezeit auf drei Minuten zu beschränken.

Der Rat stimmt dem Antrag von Heinz Schatt (SVP) stillschweigend zu.

**Severin Pflüger (FDP)** stellt den Ablehnungsantrag zum Beschlussantrag und begründet diesen: *Dieses Referendum braucht es nicht, da Markus Knauss (Grüne) die entsprechenden Unterschriften ja bereits gesammelt hat. Diese Abstimmung passiert ohnehin, was wir hier erleben ist etwas Klamauk, in der Hoffnung, die Journalisten würden mitschreiben. Wenn das einzige Argument ist, dass bis 2030 sowieso niemand mehr Auto fahren wird in dieser Stadt, dann mache ich mir über das Abstimmungsresultat keine Sorgen – auch in der Stadt Zürich. Dies umso mehr, als dass Sie in den eigenen Reihen mehr als nur ein wenig gespalten sind.*

Weitere Wortmeldungen:

**Simone Brander (SP):** *1,1 Milliarden Franken: Das ist das Preisschild, das an der Vorlage hängt, gegen das wir heute das Gemeindereferendum ergreifen möchten. Wenn die Leute auf der Strasse diese Zahl hören, sind sie entrüstet, dass sie nicht darüber abstimmen dürfen. Das habe ich bei der Unterschriftensammlung für das Volksreferendum selbst erfahren können. 1,1 Milliarden Franken ist ein gigantischer Betrag und für diesen Betrag lohnt es sich, eine Volksabstimmung durchzuführen – auch weil es auf die Stadt Zürich eine so grosse Auswirkung haben wird. Es wird immer wieder fälschlicherweise suggeriert, das Projekt betreffe ausschliesslich das Quartier Wipkingen. Das Projekt hat direkte Auswirkungen auf die gesamte Achse Milchbuck-Albisriederplatz und indirekte Auswirkungen auf die ganze Stadt. Das Projekt wird uns mit Autoverkehr fluten und riesige Umwälzungen in den Quartieren verursachen. Es ist deshalb wichtig, in der Öffentlichkeit eine solche Diskussion führen zu können. Es stimmt, dass vieles über die Interpellationen besprochen wurde, leider wurden aber viele Fragen nicht beantwortet. Und weil in der Zwischenzeit noch viel mehr Fragen aufgetaucht sind, haben wir heute eine schriftliche Anfrage mit weiteren Fragen eingereicht. Wir wollen zum Beispiel wissen, wie viele Autos heute tatsächlich auf der Rosengartenstrasse fahren. Es wird immer wieder suggeriert, es seien 56 000 Fahrzeuge, was aber nicht stimmt. Es ist darum wichtig, solche Antworten in der Öffentlichkeit zu besprechen, auch im Rahmen einer Abstimmungskampagne. Mit der aktuellen Vorlage wird dem Volk die Katze im Sack verkauft. Wir wollen das Gemeindereferendum ergreifen, um ein klares Zeichen an den Kanton zu schicken, dass wir das Projekt nicht wollen. Das Projekt ist auch kein Geschenk an Wipkingen, denn es werden Gebäude abgerissen, ein doppelstöckiges Tunnelportal errichtet und wir müssen mit viel mehr Autoverkehr im Quartier rechnen.*

**Stephan Iten (SVP):** *Es wurde gesagt, dass wir eigentlich nicht mehr über das Projekt selbst debattieren, weil wir dies wirklich genügend lange und ausführlich getan haben. Aber wenn ihr meint, dazu noch etwas sagen zu wollen, kann ich das auch, damit die Medien dies auch aufnehmen können. Das Projekt ist für sämtliche Verkehrsteilnehmer*

*und auch die Anwohner sehr gut. Aber nur, weil Markus Knauss (Grüne) und seine Anhänger es nicht wollen, heisst das nicht, dass das für den gesamten Kanton gilt. Es sind sehr viele Leute aus dem Kanton auf diese wichtige Verkehrsachse angewiesen. Ich bin mir also nicht sicher, ob das Projekt nicht durchkommt, nur weil ihr es nicht wollt. Es entspricht weiter nicht den Tatsachen, dass dieses Projekt im Widerspruch zu allen verkehrspolitischen, stadtplanerischen und wohnbaupolitischen Grundsätzen der Stadt Zürich steht. Es widerspricht lediglich euren eigenen Ideologien. Diese Forderung ist unnötig und unsäglich, nachdem sich der Regierungs-, Kantons- und der Stadtrat für dieses Projekt ausgesprochen haben. Die Mehrheit des Stadtrats ist auf eurer Seite und es ist ihm gegenüber unfair, ihn parallel zu einer Volksabstimmung beim Kanton antraben zu lassen. Es wurde auch schon mehrfach erwähnt: Ihr habt letzte Woche ein Volksreferendum mit 5000 Unterschriften eingereicht. Das Projekt kommt also sowieso vors Volk. Da müssen wir als Gemeinde nicht auch noch aktiv ein Gemeindereferendum fordern. Diese Debatte ist eine reine Zeitverschwendung, die der Steuerzahler berappen muss. Ihr hättet die Möglichkeit gehabt, den Vorstoss zurückzuziehen, da das Referendum zustande gekommen ist. Wir von der SVP lehnen den Beschlussantrag entschieden ab.*

**Andreas Egli (FDP):** *Das Referendum ist zustande gekommen. Das hier ist also nur etwas Vorgeplänkel und Propaganda. Das gehört dazu, aber wenn man sich fragt, was mit dieser Propaganda erreicht wird, muss zuerst gesagt werden: Das ist kein Zeichen der Stadt Zürich, sondern eines der links-grünen Gemeinderatsmehrheit. Es wird sich zeigen, wie nahe diese Mehrheit mit ihrer Politik wirklich an der Stadtbevölkerung ist. Was ist der Inhalt dieser Propaganda? «Wir sind gegen ein Tram», sagt die linksgrüne Mehrheit in dem Moment, in dem sie gegen dieses Projekt ist. Ihr sagt damit auch, dass ihr gegen die Korrektur einer Bausünde aus den 1970er-Jahren seid und es sei nicht nötig, dass das Quartier Wipkingen wieder zusammenkommen kann. Einzelne Mitglieder in diesem Rat haben ihre gesamte politische Karriere darauf aufgebaut, gegen solche Lösungen von Problemen zu kämpfen. Ich hoffe, die Bevölkerung wird die gute Lösung mit diesem Projekt annehmen.*

**Ernst Danner (EVP):** *Unsere Position von der Debatte am 20. März war: «Kein so schlechtes Projekt, wie es von der Linken gezeisselt wird», aber es hat eine technische Kapazitätsausweitung zum Gegenstand, den man mit einer gesetzlichen Beschränkung auf die heutige Menge korrigieren müsste. Diese Beschränkung wurde zwar von Stadt- und Regierungsrat versprochen, doch der Kantonsrat verankerte sie nicht im Gesetz. Das heisst für uns, dass wir dem Gesetz in der jetzigen Form nicht zustimmen können. Aus diesem Grund unterstützen wir das Referendum. Wird das Gesetz vom Volk abgelehnt, hat der Kantonsrat die Chance, eine bessere Vorlage mit der Plafonierung zu bringen. Dann könnten wir dem Projekt zustimmen.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Heute Abend wird ein wichtiges Zeichen gesetzt und kein Klamauk veranstaltet. Wenn der Stadtrat seine Planungshoheit an dem Ort abgibt und damit den Gemeinderat umgeht, dann ist das Gemeindereferendum ein richtiges Zeichen, dass der Gemeinderat dies nicht goutiert. Das Gemeindereferendum ist auch angebracht, wenn der Kanton der Stadt etwas überstülpt, dass sie – oder zumindest eine*

4 / 4

*Mehrheit des Parlaments – nicht will. Wenn die SVP davon spricht, dass eine Volksabstimmung unsinnig sei, dann finde ich das durchaus interessant. Eine Anmerkung noch: Der Stadtrat muss mit diesem Beschlussantrag gar nichts machen, denn dieser geht an das Büro des Gemeinderats, der ihn an den Kanton überträgt. Wir unterstützten den Beschlussantrag, weil das Projekt unsere Hoheit einschränkt.*

**Martina Zürcher (FDP):** *Ich möchte auf eine Bemerkung von Simone Brander (SP) eingehen, die sagte, Wipkingen wolle das Projekt nicht. Ich habe andere Stimmen gehört. Eine Umfrage des Quartiervereins ergab, dass man für das Projekt ist, ebenso euer Wipkinger Alt-Kantonsrat. Wenn ich in Wipkingen sage, dass die FDP für das Gesamtprojekt Rosengarten ist, ernte ich Zustimmung. Wipkingen will das Projekt.*

#### **Persönliche Erklärung:**

Stephan Iten (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Gemeindereferendum gegen den Kantonsratsbeschluss vom 25. März 2019 betreffend Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 75 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst, gestützt auf Art. 33 Abs. 2 lit. b der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 sowie das Gesetz über die politischen Rechte (GPR), dass der Kantonsratsbeschluss vom 25. März 2019 betreffend «Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel in der Stadt Zürich, Erlass eines Spezialgesetzes und Bewilligung eines Rahmenkredits», veröffentlicht im Amtsblatt des Kantons Zürich am 5. April 2019, einer Volksabstimmung unterstellt wird (Gemeindereferendum).

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 29. Mai 2019

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat